

1. Mai 2010

Medienkonferenz, 27. April 2010

JUSO- Initiative 1: 12 – für gerechte Löhne

Die Top-Manager der Teppichetage haben nichts aus der Wirtschaftskrise gelernt, wie auch das aktuellste Beispiel von CS Chef Brady Dougan zeigt: weiterhin lassen sie sich von den von Kündigung, Lohnkürzung oder Lohnstagnation betroffenen Arbeitnehmenden ihre Lohnexzesse bezahlen.

Die Entwicklungen der Lohnspanne in den vergangenen Jahren sind erschreckend: seit 2002 hat sich die Lohnschere (in 27 von travail-suisse untersuchten Unternehmen) durchschnittlich um 72% geöffnet. In den börsenkotierten Unternehmen herrscht im Schnitt eine Lohnbandbreite von 1:56 vor – dies bedeutet, dass die Angestellten mit dem tiefsten Lohn ihr ganzes Leben lang nicht auf ein Jahressalär des Topmanagements kommen. Noch absurder wird es bei den Spitzenreitern: CS Chef Brady Dougan liess sich seine Arbeit im Jahr 2009 für unglaubliche 91 Millionen vergolden. Dies ist ca das 1302 fache des Schweizer Medianlohns! Dass eine solche Lohnentwicklung mehr Macht und Reichtum für ein paar wenige und geringere Lebensqualität und Kaufkraft für alle anderen bedeutet, liegt auf der Hand.

Der Lohnkuchen muss endlich gerecht verteilt werden. Die Lohnbandbreite muss beschränkt werden, um dem Boni-Wettkampf einen Riegel vorzuschieben und die tiefen Löhne anzuheben. Die 1:12-Initiative der JUSO, die vor einem halben Jahr lanciert wurde, setzt genau da an: der höchste im gleichen Unternehmen bezahlte Lohn darf maximal das Zwölfwache des tiefsten im Unternehmen bezahlten Lohnes betragen – in einer Firma soll niemand mehr verdienen als jemand anderes in einem ganzen Jahr. Der aktuelle Sammelstand von knapp 55'000 Unterschriften zeigt, dass die Bevölkerung dem unsäglichen Treiben nicht weiterhin zuschauen, sondern endlich gerechte Löhne schaffen will.

Die aktuelle Politik hat es nämlich bisher verpasst, Regeln zu setzen, um der Gier der Manager Einhaltung zu gebieten und um gerechte Löhne auszuzahlen. Nicht zuletzt zielt die Initiative genau darauf ab, was den Neoliberalen ein Dorn im Auge ist: nicht die Wirtschaft soll über die Politik bestimmen, sondern die Politik, und somit die Bevölkerung, muss die Spielregeln festlegen, nach denen die Wirtschaft zu funktionieren hat. Wir wollen ganz klar mehr demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Wirtschaft. Die normalen Arbeitnehmenden müssen endlich ihren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg zurückerhalten und sollen nicht länger die Boni-Exzesse bezahlen müssen. Die 1:12-Initiative der JUSO ist die griffigste Massnahme, um Abzocker zu stoppen und so zusammen mit der Mindestlohn-Initiative für gerechte Löhne zu sorgen.

Mattea Meyer, Gemeinderätin SP/Gewerkschaften/JUSO